

Fragwürdige Unternehmenstätigkeiten des Schweizer Bergbauriesen Glencore und die Verantwortung deutscher Banken



**FACING
FINANZE**


RED SOMBRA
Observadores de Glencore

MISEREOR
IHR HILFSWERK

- VON SARAH GUHR, JOHANNA SYDOW, SUSANNE FRIESS-
-MAI 2017-

Impressum:

Herausgeber:

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.

Mozartstraße 9

52064 Aachen

Tel. 0241-442 168

Fax 0241-442 505

info@misereor.de

www.misereor.de

Kontakt: Armin Paasch

Facing Finance e.V. Schönhauser Allee 141

Hinterhaus 2 10437 Berlin Tel. 030-32 66 16 81

www.facing-finance.org

Kontakt: Thomas Küchenmeister

Autoren: Sarah Guhr, Johanna Sydow, Susanne
Friess

Redaktion: Armin Paasch

Aachen/Berlin, Mai 2017

Inhaltsverzeichnis:	Seite
1. Einleitung	1
2. Das Unternehmen Glencore	3
3. Vorwürfe gegen Glencore	5
3.1. Kolumbien: Vorwürfe bezüglich der Verschleppung eines dringend notwendigen Umsiedlungsprozesses von Gemeinden im Umfeld von Glencore-Minen und Kooperation mit paramilitärischen Gruppen	
3.2. Peru: Vorwürfe bezüglich gravierender Umweltverschmutzung im Umfeld der Mine Tintaya, Peru und Bezahlung peruanischer Polizisten für die Durchsetzung von Sicherheitsinteressen	
3.3. Argentinien: Vorwürfe bezüglich Umweltverschmutzung und Verschleierung von Gewinnen	
3.4. Bolivien: Undurchsichtige Vertragskonstrukte und Externalisierung von Kosten	
3.5. DR Kongo: Vorwürfe bezüglich Korruption, Steuervermeidung, Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen	
4. Finanzierung von Glencore durch deutsche Banken.	11
5. Die Verantwortung deutscher Banken und ihrer Anteilseigner gemäß der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	15
6. Schlussfolgerungen und Forderungen	18

1. Einleitung

Weltweit tragen Unternehmen immer wieder zu schweren Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen bei. Der Bergbausektor spielt hier eine herausragende Rolle, da der Bergbau einen massiven Eingriff in Natur- und Lebensräume bedeutet. Die vielerorts bestehenden Gesetze, die dem Schutz von Mensch und Umwelt dienen sollen, werden in vielen Ländern vor allem des globalen Südens nicht konsequent oder gar nicht umgesetzt. Gemäß den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen, die 2011 verabschiedet wurden, sind nicht nur Staaten verpflichtet, die Menschenrechte vor Verstößen Dritter zu schützen. Auch Unternehmen tragen eine eigene Verantwortung, die Menschenrechte zu achten. Diese Verantwortung bezieht sich nicht nur auf ihre eigenen Aktivitäten, sondern auch auf ihre Geschäftsbeziehungen. Auch Finanzierer von Bergbauunternehmen tragen daher eine Mitverantwortung dafür, dass letztere die Menschenrechte achten. Denn erst die Banken und Investoren ermöglichen durch die Bereitstellung von Kapital beispielsweise den Betrieb umstrittener Bergbauprojekte.

Der Fall des Schweizer Bergbauunternehmens und Rohstoffhändlers Glencore zeigt, dass deutsche Banken Gelder für ein Unternehmen bereitstellen, obwohl diesem in zahlreichen Fällen gravierende Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen, Vergiftung von Menschen und Steuervermeidung vorgeworfen werden.

In dieser Publikation werden nur einige der schwerwiegenden Vorwürfe gegen das Schweizer Unternehmen Glencore und seine Tochter-Unternehmen skizziert. Doch schon anhand dieser wenigen Beispiele wird deutlich, dass das Unternehmen nicht dazu bereit ist, seine menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in vollem Umfang wahrzunehmen. Zudem enthält das Unternehmen Abbauländern durch seine intransparente und höchst komplexe Unternehmensstruktur mit Tochterfirmen in Steueroasen die ihnen zustehenden Einnahmen aus dem Rohstoffabbau vor [1]. In seinen Unternehmensberichten legt Glencore laufende Gerichtsverfahren oder massive Konflikte mit der lokalen Bevölkerung nicht offen und zeichnet somit ein positives Bild von seinen Operationen, das nicht der Realität entspricht.

Die in diesem Bericht beschriebenen Fälle basieren auf den Recherchen des Red Sombra Observadores de Glencore. Die Mitglieder dieses lateinamerikanischen Netzwerks unterstützen und begleiten Gemeinden im Umfeld der Glencore-Minen. Die Organisationen haben im April 2017 einen Bericht veröffentlicht, in dem sie eine Vielzahl von Missständen im Umfeld der Glencore-Minen in Lateinamerika dokumentieren [2].

Über die zahlreichen Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen und Zerstörung des Lebensraums in Lateinamerika und Afrika wurde in den letzten Jahren in der deutschen und Schweizer Presse immer wieder berichtet [3]. Dennoch haben sich deutsche Banken seit 2013 signifikant an der Bereitstellung von Kapital für Glencore beteiligt. So stellten deutsche Finanzdienstleister seit 2013 fast 8 Milliarden Euro für das Bergbauunternehmen bereit. Die Beschaffung frischen Kapitals erfolgt dabei durch die Beteiligung an Krediten, die Ausgabe von Aktien sowie die Ausgabe von Anleihen

Auch Banken tragen eine Mitverantwortung dafür, dass ihre Geschäftspartner die Menschenrechte und die Umwelt respektieren. Insbesondere bei längerfristigen Geschäftsbeziehungen wie Krediten haben sie Einflussmöglichkeiten auf ihre Geschäftspartner. Während Banken sich in selbst erlassenen Richtlinien oder mit ihrem Bekenntnis zu internationalen Standards wie dem UN Global Compact [4] häufig dazu verpflichten, Aspekte wie Umweltschutz und Menschenrechte bei Finanzierungsentscheidungen zu berücksichtigen, werden diese Versprechen im Fall Glencore ganz offenbar nicht umgesetzt. Die Beteiligung deutscher Banken an Finanzierungen für bzw. Investitionen in Glencore zeigt deutlich, dass die bestehenden Richtlinien der Banken und deren Umsetzungsmechanismen nicht ausreichen, um eine indirekte Beteiligung der Banken an Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung auszuschließen. Die mangelnde Transparenz deutscher Banken im Umgang mit Unternehmen wie Glencore lässt offen, inwiefern Banken sich in einem Dialog-Prozess mit Glencore befinden, oder welche Konsequenzen die Banken aus den Berichten über Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch Glencore gezogen haben.

2. Das Unternehmen Glencore

Das zweitgrößte Schweizer Unternehmen Glencore PLC ist zugleich das drittgrößte Bergbauunternehmen der Welt [5]. Wie der Bericht des Netzwerkes Red Sombra Observadores de Glencore zeigt, weist es beim Abbau von Kupfer, Kohle, Zink, Silber und anderen Mineralien große Mängel bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards auf. Zahlreiche Gemeinden weltweit protestieren gegen die Unternehmenstätigkeiten von Glencore und daraus folgende Verletzungen ihrer Rechte. Sie werfen dem Konzern u.a. Umweltverschmutzung, Korruption, Steuervermeidung, die Gefährdung ihrer Gesundheit und die Missachtung der Rechte indigener Gemeinschaften vor. In seinen Unternehmensberichten verschweigt Glencore diese Vorfälle, obwohl verschiedene Fälle in den einzelnen Ländern auch vor Gericht verhandelt wurden oder noch werden. [6].

MARKTMACHT

Das Unternehmen Glencore PLC ist im Mai 2013 aus der Fusion der Unternehmen Xstrata PLC und Glencore International PLC hervorgegangen. Inzwischen umfassen die Operationen von Glencore PLC die gesamte Wertschöpfungskette von Primärrohstoffen: Abbau, Verarbeitung, Lagerung und Transport in den drei Sektoren Metalle und Mineralien, Energierohstoffe sowie landwirtschaftliche Produkte. Glencore besitzt die Kontrolle über Fabriken, Häfen, Eisenbahnlinien und Minen. Durch seine große Diversifizierung hat das Unternehmen große Marktvorteile. Seine Marktmacht ist so umfassend, dass ihm wiederholt vorgeworfen wurde, Marktmanipulationen zum eigenen Vorteil vorzunehmen [7]. Glencore ist eines der größten diversifizierten Rohstoffunternehmen der Welt und Produzent und Vermarkter von über 90 Rohstoffen. [8].

INTRANSPARENTE STRUKTUR UND KEINE ÜBERNAHME VON VERANTWORTUNG

Seine weltweite Struktur, die auf Filialen und Unterfilialen aufbaut, ist gigantisch und höchst intransparent [9]. Die komplexe Firmenstruktur mit verschiedenen Glencore-Filialen in Steueroasen ermöglicht es Glencore laut Recherchen von Nichtregierungsorganisationen, in den Abbauländern Verluste zu deklarieren und Gewinne in den Steueroasen einzustreichen. Auf diese Weise prelle das Unternehmen arme Länder um dringend nötige Einnahmen [10]. In mehreren Ländern Lateinamerikas laufen gegen Tochterunternehmen von Glencore Gerichtsverfahren aufgrund des Vorwurfs von Steuerhinterziehung oder der Verschleierung von Gewinnen [11].

In Lateinamerika konnte Glencore den Abbau von Primärrohstoffen steigern, dank niedriger Operationskosten und der hohen Inflation in den lateinamerikanischen Ländern. Doch die Aktivitäten haben schlimme Auswirkungen auf Gemeinden und die Umwelt. Mehr als 40 administrative und juristische Verfahren wurden gegen das Unternehmen alleine in Lateinamerika angestrengt [12]. Gründe hierfür sind z.B. Vorwürfe bezüglich schwerwiegender negativer



Umweltauswirkungen, wie z.B. die Vergiftung von Luft, Boden und Wasser, die illegale Umleitung von Flüssen sowie Operationen in Naturschutzgebieten. Während Glencore zum Beispiel in Argentinien in seiner Umweltverträglichkeitsprüfung zu Beginn der Operationen prognostizierte, dass seine Bergbauaktivitäten schwerwiegende Umweltauswirkungen mit sich bringen würden, verschweigt es die inzwischen eingetretenen Auswirkungen jetzt kategorisch und streitet jegliche Mitverantwortung ab [13].

Im folgenden werden nur einige der Probleme in den verschiedenen Ländern skizziert (Bolivien, Argentinien, Peru und Kolumbien), die im Bericht des NGO Netzwerkes Red Sombra Observadores de Glencore aufgeführt werden[14], und zusätzlich am Fallbeispiel der DR Kongo aufgezeigt, dass die Wiederholung der immer gleichen Vorwürfe darauf hinweist, dass die Vernachlässigung von negativen Auswirkungen des Bergbaus auf Mensch und Umwelt durch Glencore kein Einzelfall ist, sondern sich systematisch über zahlreiche Operationen in verschiedenen Ländern erstreckt.

3. Vorwürfe gegen Glencore

3.1. KOLUMBIEN: VORWÜRFE BEZÜGLICH DER VERSCHLEPPUNG EINES DRINGEND NOTWENDIGEN UMSIEDLUNGSPROZESSES VON GEMEINDEN IM UMFELD VON GLENCORE-MINEN UND KOOPERATION MIT PARAMILITÄRISCHEN GRUPPEN

Aufgrund der Bergbauaktivitäten von Glencore in der Region Cesar in Kolumbien müssen die drei Gemeinden El Hatillo, Boquerón und Plan Bonito zwangsweise umgesiedelt werden. Glencore ist für diesen Umsiedlungsprozess zusammen mit zwei anderen Bergbaukonzernen maßgeblich mitverantwortlich. Obwohl die Umsiedlung bereits 2010 angeordnet wurde, sind die Menschen in den Gemeinden auch sieben Jahre später noch nicht umgesiedelt worden. Für die Gemeinden führt die ständige Verzögerung des Prozesses durch die beteiligten Unternehmen zu einer Zermürbung der Einwohner, zur Störung des sozialen Friedens und zur Verelendung: Durch den Bergbau haben die Gemeinden ihre Lebensgrundlage in der Landwirtschaft verloren. Alternative Einkommens-möglichkeiten gibt es nicht. Im Jahr 2013 kam es in El Hatillo zu einer Hungerkrise. Seitdem hängt die Gemeinde von Nahrungsmittelhilfen von außen ab [16].

Die Sicherheitslage in den Gemeinden im Umfeld der Glencore-Mine ist prekär: seit Jahren kommt es immer wieder zu Morden und Morddrohungen gegen Gewerkschafter und soziale Führungspersonen der Gemeinden. Am 7. Januar 2017 wurde Aldemar Parra aus der Gemeinde El Hatillo ermordet [17]. Im Februar 2017 kam es erneut zu einem Mordversuch an einem Gemeindeführer aus El Hatillo[18]. Historisch betrachtet ist die Region Cesar eine der am meisten von Gewalt betroffenen Regionen Kolumbiens: Paramilitärische Gruppen haben bis zu ihrer offiziellen Demobilisierung im Jahr 2006 mehr als 3.100 Menschen in der Region Cesar ermordet und mehr als 55.000 Menschen von ihrem Land vertrieben. In El Hatillo und La Loma sind auch aktuell noch mehrere Nachfolgeorganisationen der demobilisierten Paramilitärs präsent und bedrohen weiter die Gemeindeführer. Ehemalige Paramilitärs haben unter Eid ausgesagt, dass Drummond und die Glencore-Tochter Prodeco sie finanziert und mit ihnen zusammengearbeitet haben [19]. Drei weitere Zeugen haben diese Aussagen in einem staatlichen Bericht bestätigt[20]. Glencore weist die Vorwürfe zurück[21].

3.2. PERU: VORWÜRFE BEZÜGLICH GRAVIERENDER UMWELTVERSCHMUTZUNG IM UMFELD DER MINE TINTAYA UND BEZAHLUNG PERUANISCHER POLIZISTEN FÜR DIE DURCHSETZUNG VON SICHERHEITSINTERESSEN

Zwischen 2010 und 2014 hat die peruanische Umweltbehörde OEFA wiederholt Strafen aufgrund von Verstößen gegen die peruanische Umweltgesetzgebung gegen Glencore verhängt. Im Mai 2012 hat die OEFA beispielsweise eine Strafe gegen Glencore verhängt[22], weil das Unternehmen im Umfeld seiner Kupfermine Tintaya in Espinar schwermetallhaltiges Wasser aus seinen Bergbauaktivitäten auf Weideland gepumpt hatte [23]. In Espinar kam es in diesem Zeitraum immer wieder zu massiven Protesten von Seiten der Bevölkerung, die Gesundheitsschäden bei Mensch und Tieren beklagte und einen Zusammenhang mit dem Kupferbergbau von Glencore herstellte. Zwei Studien der peruanischen Gesundheitsbehörde von 2010 und 2013 bestätigten, dass die Menschen im Umfeld der Mine, insbesondere im Distrikt Huinipampa unterhalb eines undichten Rückhaltebeckens für Minenschlämme, eine erhöhte Konzentration an



Schwermetallen in Blut und Urin aufweisen [24]. Weitere Untersuchungen des peruanischen Staates attestieren eine gravierend erhöhte Schwermetallbelastung des Wassers im Umfeld der Mine. Das Peruanische Institut für Nuklearenergie (IPEN) bestätigte den Zusammenhang zwischen dem Bergbau und der Wasserverschmutzung im Distrikt Huinipampa [25]. Die Bevölkerung in der Region fordert, dass in der gesamten Provinz der Gesundheitsnotstand ausgerufen und Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitssituation ergriffen werden. Die peruanische Regierung ist dieser Forderung bislang nicht nachgekommen [26].

Im Jahr 2012 eskalierte der Konflikt zwischen lokalen Gemeinschaften und der Glencore-Tochter Tintaya. Tausende Menschen gingen auf die Straße und protestierten gegen Glencore. Statt seinen menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten nachzukommen, verweigerte Tintaya den Dialog mit der Bevölkerung und rief stattdessen die von ihr unter Vertrag genommene Polizei zu Hilfe [27]. Die Demonstrationen wurden von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen. Die traurige Bilanz: Drei Menschen verloren ihr Leben, Dutzende wurden verletzt. Das Bergbaugelände der Glencore-Tochter Tintaya wurde laut verschiedenen Berichten während der Eskalation des Konfliktes als illegales Gefangenenlager der Polizei benutzt. 23 Menschen wurden dort ohne Haftbefehl gefangen gehalten, einige wurden physisch wie auch psychisch misshandelt. Die Glencore-Tochter Tintaya hat die Verletzung grundlegender Menschenrechte auf ihrem Bergbaugelände nicht unterbunden. Vielmehr hat das Unternehmen der Polizei sämtliche Infrastruktur zur Verfügung gestellt[28]. Im Mai 2013 haben 22 Personen, die im Konflikt von Mai 2012 auf unterschiedliche Weise zu Schaden kamen, ein Gerichtsverfahren gegen Glencore in Großbritannien angestrengt, weil die Polizei die Menschenrechtsverletzungen gegen Protestierende auf Anweisung von Glencore verübt haben soll[29]. Das Gerichtsverfahren ist noch anhängig.

Im April 2016 gab es eine Anhörung vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zum Thema der Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung in Espinar [30]. Die Kommissionsmitglieder äußerten sich besorgt über die hohe Schwermetallbelastung der Umwelt und forderten den peruanischen Staat auf, hier tätig zu werden. Bislang hat die Regierung jedoch keine Maßnahmen zum umfassenden Schutz der Menschenrechte der Bevölkerung eingeleitet. Glencore weist jegliche Verantwortung für die Schwermetallverseuchung von sich. In seinem Nachhaltigkeitsbericht erwähnt Glencore nicht, dass es im Umfeld seiner Mine Umweltprobleme mit Auswirkungen auf die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung gibt und dass aufgrund von Umweltdelikten mehrfach Sanktionen gegen das Unternehmen verhängt wurden [31].

3.3. ARGENTINIEN: VORWÜRFE BEZÜGLICH UMWELTVERSCHMUTZUNG UND VERSCHLEIERUNG VON GEWINNEN

Die Glencore-Tochter Minera La Alumbrera operiert seit 20 Jahren in Catamarca, Argentinien. Die Mine wurde Anfang 1997 eröffnet, obwohl die entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfung noch nicht abgeschlossen war. Die nach argentinischem Gesetz vor Beginn des Bergbaus erforderliche "Erklärung über Umweltauswirkungen" (Declaración de Impacto Ambiental D.I.A.) der Mine wurde erst im Oktober 1999, also fast zwei Jahre nach Beginn des Bergbaus, ausgestellt [32].

Wie bereits die Öffnung, so weist auch das Verfahren für die für 2018 geplante Schließung der Mine erhebliche Mängel auf: einen offiziellen und öffentlich zugänglichen Plan für die Minenschließung gibt es laut Angaben lokaler NGOs und der zuständigen Ombudsbehörde nicht. Auch öffentliche Anhörungen zur Minenschließung, wie die argentinische Gesetzgebung sie vorsieht, haben nicht stattgefunden [33]. Der gesamte Prozess ist höchst intransparent und es besteht die Gefahr, dass Glencore sich aus der Region zurückzieht, ohne dass gravierende Umweltschäden, die durch den Bergbau verursacht wurden, in angemessener Weise behoben und weitere langfristige Schäden verhindert werden [34].

Einer Studie des Ingenieurs Héctor Oscar Nieve zufolge ist das Rückhaltebecken für Minenschlämme von Minera La Alumbrera undicht und es gelangen seit Jahren toxische Substanzen ins Grundwasser[35]. Bislang wird das verschmutzte Wasser, das aus dem Rückhaltebecken entweicht, mittels einer Pumpe wieder in das Rückhaltebecken zurück gepumpt. Doch wenn das Bergbauunternehmen sich aus Catamarca zurückzieht, steht zu befürchten, dass große Mengen schwermetallhaltiger Abwässer ins Grundwasser gelangen und diese schwerwiegende Schäden bei Mensch und Tier hervorrufen werden [36].

Die Umweltverschmutzung durch Minera La Alumbrera wurde im Juli 2016 von einem argentinischen Gericht bestätigt: Raúl Pedro Mentz, General Manager der Glencore-Tochter Minera La Alumbrera, wurde von einem Gericht in San Miguel de Tucumán schuldig gesprochen, den Fluss Salí-Dulce mit Schwermetallen verschmutzt zu haben. Der Richter berief sich in seinem Urteil auf Studien des Nationalen Wasserinstituts, wonach im Wasser des Flusses deutlich erhöhte Mengen von Schwermetallen, vor allem Kupfer, vorgefunden wurden. Laut dem Urteil des Richters werden durch die Umweltverschmutzung die Gesundheit von Mensch und Tier gefährdet [37].

Im Laufe der letzten 20 Jahre wurden in Argentinien weitere Gerichtsverfahren gegen die Glencore-Tochter Minera La Alumbrera aufgrund von Umweltverschmutzung angestrengt. Über keines dieser Verfahren hat Glencore in seinen Unternehmensberichten öffentlich Rechenschaft abgelegt [38].



Hinzu kommt auch im Fall Argentiniens, dass Glencore versucht, seine Zahlungsverpflichtungen an den argentinischen Staat durch Steuertricks zu umgehen: Die staatliche Behörde Secretaría del Estado de Minería (SEM) beschuldigt Glencore, im Jahr 2014 den anfallenden Zahlungen von Royalties nicht im vollen Umfang nachgekommen zu sein [39]. Das entsprechende Verfahren ist noch anhängig.

Außerdem wird dem Unternehmen vorgeworfen, nur die Gewinne aus dem Verkauf von Gold, Kupfer und Molybdän offiziell zu deklarieren. Laut einer Studie der Geologen Guillermo Amílcar Vergara und Miguel Gianfrancisco baut das Unternehmen in seiner Mine aber insgesamt fast 50 verschiedene Mineralien ab und exportiert diese. Damit erwirtschaftet das Unternehmen laut Berechnungen der beiden Geologen Gewinne in Höhe von mehr als 8 Mio. USD pro Jahr, die es gegenüber dem argentinischen Staat nicht deklariert. Als der argentinische Staatsanwalt Ferrer auf dem Gelände der Mine Gesteinsproben entnehmen wollte, erlaubte das Bergbauunternehmen den Zutritt zum Gelände nicht [40]. Das entsprechende Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

3.4. BOLIVIEN: UN DURCHSICHTIGE VERTRAGSKONSTRUKTE UND EXTERNALISIERUNG VON KOSTEN

In Bolivien nutzt Glencore spezifische Modalitäten, um undurchsichtige Kooperationsverträge mit Bergbau-Kooperativen abzuschließen. Durch die Vertragskonstrukte entledigt sich Glencore laut Aussagen lokaler Nichtregierungsorganisationen seiner umwelttechnischen, sozialen und ökonomischen Pflichten. Damit konnte Glencore aus seinen Operationen Gewinne schlagen und zugleich die Umweltauswirkungen externalisieren.

Die Bergbauoperationen des Unternehmens Glencore haben laut Berichten der lokalen Bevölkerung und Nichtregierungsorganisationen in Bolivien grundlegend dazu beigetragen, dass das Ökosystem Schaden genommen hat und sich die Lebensgrundlage der Gemeinden massiv verschlechtert hat. Momentan leiden viele Gemeinden an Trinkwassermangel. Dieser ist darauf zurückzuführen, dass viele Wasserquellen durch den Bergbau verschwunden oder verschmutzt sind. Glencore übernimmt dafür jedoch keine Verantwortung und veröffentlicht in Bolivien auch keinen Nachhaltigkeitsbericht [41].

Viele der Versprechen, die das Unternehmen bezüglich der Wasserversorgung und der Umsetzung von Entschädigungsmaßnahmen gegenüber der lokalen Bevölkerung gemacht hat, wurden nicht eingehalten. Auch wenn Glencore behauptet, effizient mit Wasser umzugehen, leidet die lokale Bevölkerung seit 10 Jahren an Wassermangel. Dies beeinträchtigt die Bewässerung der Felder in der Landwirtschaft, aber auch den menschlichen Gebrauch [42].



3.5. DR KONGO: VORWÜRFE BEZÜGLICH KORRUPTION, STEUERVERMEIDUNG, UMWELTVERSCHMUTZUNG UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Zusammen mit dem israelischen Minenmagnat Dan Gertler erwarb Glencore die Rechte an zwei Minen in der DR Kongo, Katanga und Mutanda. Gertler, gegen den schon mehrfach wegen Korruption und Steuerhinterziehung ermittelt wurde, gilt als enger Vertrauter des kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila [43]. Bei der Transaktion entgingen dem kongolesischen Staat geschätzte Steuereinnahmen in Höhe von 630 Millionen US-Dollar [44]. Bereits 2016 wurde öffentlich bekannt, dass Gertler hohe Bestechungsgelder an Kabila gezahlt haben soll um die Abbaurechte zu Sonderkonditionen zu erhalten. Glencore brauchte allerdings bis März dieses Jahres, um dem israelischen Tycoon seine Anteile an den beiden Minen abzukaufen [45].

In den Jahren 2010 und 2011 entgingen dem kongolesische Staat laut einer Studie der Schweizer Nichtregierungsorganisation Brot für Alle Steuereinnahmen in Höhe von 196 Millionen US-Dollar, weil Glencore den Firmensitz der im Kongo tätigen Glencore-Tochterfirmen in Steueroasen verlagert habe. Glencore selbst nahm zu den Vorwürfen nicht Stellung [46]. Die DR Kongo ist eines der ärmsten Länder der Welt.

Berichten von Nichtregierungsorganisationen zufolge kam es auch zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen: So wurden in den Jahren 2013-2014 mehrere Kleinschürfer, die versucht haben, auf das Minengebiet der Glencore-Tochter KCC zu gelangen, von Sicherheitskräften des Unternehmens erschossen [47]. Neben privaten Sicherheitsfirmen sind auch die kongolesische Polizei sowie das Militär im Auftrag von Glencore tätig [48].

Zu den Vorwürfen im Umweltbereich gehört unter anderem, dass das Glencore Tochterunternehmen KCC über Jahre und vorsätzlich stark verseuchte Minenabwässer in den Luilu-Fluss in Katanga geleitet hat, was laut Berichten von Nichtregierungsorganisationen zur vollständigen Ausrottung des Fischbestandes geführt hat. Obwohl das Unternehmen 2012 behauptete, das Problem gelöst zu haben, wurde laut Untersuchungen von Nichtregierungsorganisationen das Abwasser im Oktober 2013 immer noch in den Fluss Luilu eingeleitet. Aus dem Fluss entnommene Wasserproben wiesen extrem hohe Konzentrationen an Kupfer und Kobalt auf. Zum Teil lagen diese über fünfzig Mal höher als die von der WHO empfohlenen Höchstwerte. Glencore übernimmt keine Verantwortung für die Umweltverschmutzung, obwohl Satellitenaufnahmen nachweisen, dass Anlagen der KCC die Quelle der Verschmutzung sind [49].

Weiterhin hat die ebenfalls zu Glencore gehörende Mutanda Mining Bergbaukonzessionen in einem Wildreservat erworben. Dies verstößt gegen die kongolesische Bergbaugesetzgebung. Obwohl die Glencore-Tochter MUMI sich dieses Sachverhalts bewusst ist, hat das Unternehmen nichts dazu getan, eine Klärung der Situation im Einklang mit der kongolesischen Gesetzgebung herbeizuführen. Einladungen kongolesischer Regierungsvertreter zur Klärung der Situation ist MUMI nicht nachgekommen [50].

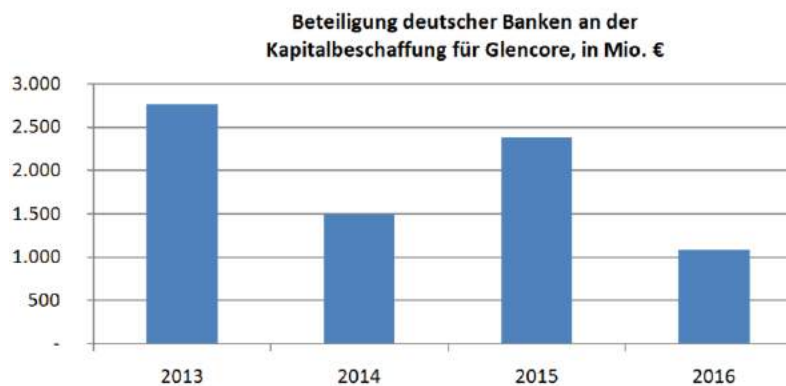
WELTWEITE VORWÜRFE BEZÜGLICH REGELVERSTÖSSEN, MENSCHENRECHTEVERLETZUNGEN UND UMWELTSCHÄDEN

In den hier aufgeführten Fällen wurden nur einige der Vorwürfe gegen das Unternehmen skizziert. Die Zahl der Anschuldigungen und Gerichtsverfahren gegen Glencore ließe sich weiter fortsetzen, würde man die Liste der betrachteten Länder und Fälle noch erweitern. Bereits bei den wenigen dargestellten Fällen wird deutlich, dass das Unternehmen trotz der zahlreichen Berichte über negative Auswirkungen seiner Aktivitäten auf Umwelt, Lebensgrundlagen sowie Gesundheit der lokalen Bevölkerung keine angemessenen Schritte einleitet, um seinen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachzukommen [51]. Stattdessen scheint es eine Strategie des Unternehmens zu sein, jegliche Verantwortung weit von sich zu weisen. Für die betroffenen lokalen Gemeinschaften ist es in der Regel sowohl finanziell als auch technisch so gut wie unmöglich, umfassende technische Studien vorzulegen, die die eindeutige Kausalität zwischen den am eigenen Leib erfahrenen Auswirkungen und dem Bergbau nachweisen. Auch die Regierungen der Länder kommen ihrer menschenrechtlichen Schutzpflicht oftmals nicht nach. So entsteht eine Situation von Straflosigkeit, die auf Kosten der Menschenrechte derjenigen geht, die das schwächste Glied in der Kette sind: die Menschen, die im Umfeld der Minen von Glencore leben. Bei einem Konzern wie Glencore mit enormen Umsätzen und Gewinnen [52] ist davon auszugehen, dass es die finanziellen Mittel besitzt, um Menschen umzusiedeln, für entstandene Schäden zu entschädigen und Maßnahmen zum Umweltschutz zu installieren. Stattdessen versucht der Konzern in vielen Ländern, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten, Steuerzahlungen durch zahlreiche Tricks zu vermeiden und seine Gewinne in Steuerparadiese zu kanalisieren. Die Banken, die Glencore finanzieren, unterstützen indirekt die Machenschaften dieses Konzerns und machen sich so zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen, Umweltdelikten und Steuerhinterziehung.

4. Finanzierung von Glencore durch deutsche Banken

Deutsche Banken haben Glencore seit 2013 bei der Beschaffung von insgesamt 7,8 Milliarden € für die Finanzierung des Geschäftsbetriebs unterstützt [53]. Trotz bekannter Konflikte im Kongo im Jahr 2012, der Kontroversen um „Blut-Kohle“ aus Kolumbien im Jahr 2014 und wiederholter negativer Bericht-erstattung über die Bergbautätigkeit von Glencore in Peru, Sambia und Kongo haben sich deutsche Banken in den vergangenen vier Jahren wiederholt an Finanzierungsgeschäften mit Glencore beteiligt [54].

Kredite machten dabei 79% und die Ausgabe von Anleihen 17% des durch deutsche Banken bereitgestellten Kapitals aus. Kredite haben einen hohen Stellenwert in der Finanzierung der Unternehmensaktivitäten, sie machen ca. die Hälfte des gesamten Fremdkapitals aus [55]. Unsere Recherche zeigt, dass die untersuchten deutschen Banken sich wiederholt an Refinanzierungen der bestehenden Kreditlinien beteiligten. Damit pflegen sie zum Teil bereits seit Jahren eine kontinuierliche Geschäftsbeziehung mit Glencore. Bei der Ausgabe von Aktien und Anleihen ist dagegen die Geschäftsbeziehung zwischen Bank und Unternehmen deutlich kürzer angelegt, diese begleiten nur die Platzierung der Wertpapiere am Kapitalmarkt. Somit erwächst aus der Beteiligung an Krediten eine besondere Verantwortung für Banken.



KREDITE: MITSPRACHERECHTE UND VERANTWORTUNG DEUTSCHER BANKEN

Die Bereitstellung von Krediten durch Banken erfolgt in der Regel für sogenannte „General Corporate Purposes“, das heißt für allgemeine Unternehmenszwecke. Damit sind die Kredite nicht zweckgebunden und können auch für die Finanzierung von Projekten verwendet werden – wie beispielsweise der Erweiterung einer Mine in Peru.

Während Banken für direkte Projektfinanzierungen in der Regel spezifische Richtlinien haben, die die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards bei den Projekten voraussetzen, werden für die Geschäftsbeziehungen zu dem Unternehmen selbst meist keine oder schwächere Richtlinien formuliert. Damit können allgemeine Unternehmenskredite auch dann vergeben werden, wenn einzelne Projekte des Unternehmens problematisch sind. Vielmehr wird bei Unternehmenskrediten je nach Dauer der Verpflichtung hauptsächlich auf die Bonität des Kreditnehmers und auf vorhandene Management-Prozesse für soziale und ökologische Aspekte des Unternehmensbetriebes geachtet. Einzelne Kontroversen im Geschäftsbetrieb des Unternehmens können zwar Berücksichtigung finden. Viele Banken geben jedoch vor, dass ihre Einflussmöglichkeiten nicht ausreichen, um konkrete Maßnahmen zu ergreifen [56]. Wie wir im Fall Glencore jedoch sehen, haben sich deutsche Banken trotz zahlreicher und fortwährender Vorwürfe zu den weltweiten Operationen des Unternehmens kontinuierlich weiter an Krediten für das Unternehmen beteiligt.

Unter den untersuchten Banken [57] haben sich die Deutsche Bank, die Landesbank Baden-Württemberg und die KfW Bankengruppe (inkl. KfW IPEX-Bank) am stärksten an Krediten für Glencore beteiligt:

Ausgabejahr	2013	2014	2015	2016	Gesamt	
Deutsche Bank	495	238	233	208	1.174	19,1%
DZ Bank	188	165	233	113	699	11,4%
UniCredit Gruppe*	188	165	233	113	699	11,4%
Commerzbank	167	165	233	113	678	11,0%
Öffentlich-rechtliche Finanzinstitute						
Landesbank Baden-Württemberg	387	165	233	113	898	14,6%
KfW Bankengruppe**	387	165	233	113	898	14,6%
HSH Nordbank	167	165	233	113	678	11,0%
Landesbank Hessen-Thüringen	409	-	-	-	409	6,7%
	2.388	1.227	1.632	887	6.133	100%

Alle Angaben in EUR Mio., Schätzwerte basierend auf Recherchen in ThomsonONE.

* Die deutsche HypoVereinsbank/UniCredit Bank ist Teil der UniCredit Gruppe. Alle Finanzbeziehungen wurden auf Ebene der UniCredit Gruppe erfasst.

** Das schließt zu 80% Kredite durch die KfW IPEX-Bank ein, welche Export- und Projektfinanzierungen für die deutsche und europäische Wirtschaft anbietet, die restlichen 20% werden in ThomsonONE unter KfW Bankengruppe aufgeführt.

Unter den in der Tabelle aufgeführten Krediten befinden sich sowohl kurzfristige Kredite, sogenannte revolving Kreditlinien, als auch längerfristige Kredite deutscher Banken für Glencore. Revolving Kredite werden in der Regel für die Finanzierung des alltäglichen Geschäftsbetriebes und zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen genutzt. Sie können innerhalb der vereinbarten Kreditlaufzeit immer wieder in Anspruch genommen und zurückgezahlt werden [58]. Mittel- bis langfristige Kredite können dagegen für größere Investitionen genutzt werden, wie beispielsweise die Akquisition neuer Vermögenswerte (Kauf eines Unternehmens). Kurzfristige revolving Kredite mit einer Laufzeit von ca. 1 Jahr machen mit über 80% den Großteil der Finanzbeziehungen deutscher Banken mit Glencore aus. Durch die wiederholte Beteiligung an der Refinanzierung dieser kurzfristigen Kredite pflegen die untersuchten Banken bereits seit Jahren eine Geschäftsbeziehung zu dem Rohstoffunternehmen.

Großvolumige Kredite wurden in den untersuchten Fällen von einem Bankenkonsortium vergeben, das heißt ein Zusammenschluss von Banken stellt das benötigte Kreditvolumen bereit, um das Risiko bei Ausfall des Kreditnehmers zu streuen. Banken können bei der Beteiligung an Finanzierungen verschiedene Rollen einnehmen. In der Regel werden eine oder mehrere Banken vom Unternehmen eingeladen, die Funktion des "(Mandated) Lead Arrangers", "Lead Managers" bzw. der "Co-Arranger"[59] zu übernehmen und andere Banken für die Finanzierung zu gewinnen. Sie unterstützen somit das Unternehmen dabei, den Kredit am Kapitalmarkt zu platzieren. Zusätzlich handeln der / die Arranger die Vertragsbedingungen mit dem Kreditnehmer aus, darunter fällt in der Regel die Auswahl der Sicherheiten [60].

Im Untersuchungszeitraum haben sich mehrere deutsche Banken am Arrangieren von Krediten beteiligt und so Glencore erheblich bei der Beschaffung neuen Kapitals unterstützt. So fungierte die Deutsche Bank Anfang 2013 als Mandated Lead Arranger, Bookrunner und Facility Agent (d.h. als Arrangeur und administrativer Verwalter) für einen 3-jährigen Kredit in Höhe von USD 8 Milliarden für allgemeine Unternehmenszwecke und den Erwerb von bis zu 67 Millionen Tonnen Schweröl durch Rosneft [61]. Da wenig konkrete Details zu internationalen Kreditfinanzierungen öffentlich verfügbar sind und Banken ebenfalls nicht transparent über ihre Finanzierungen Bericht erstatten, konnten die konkreten Rollen der einzelnen Banken außer im Falle der Deutschen Bank in den Finanzierungen für Glencore nicht eindeutig zugeordnet werden.

In der Rolle des Arrangers bzw. Co-Arrangers haben die beteiligten Banken die Möglichkeit, Einfluss auf das Unternehmen zu nehmen und die Einhaltung von bestimmten (finanziellen) Mindeststandards einzufordern. Banken, die sich als "Participant" an einem solchen sogenannten "syndizierten" Kredit [62] beteiligen, haben dagegen in der Regel weniger Einfluss auf die Gestaltung des Kreditvertrags bzw. Kontakt mit dem Kreditnehmer. Sie stellen lediglich die Mittel zur Finanzierung des Kreditvolumens bereit und erhalten dafür Zinsen und Provisionen.

Auch wenn Banken durch ihre Rolle bei der Finanzierung zum Teil nur beschränkte Einflussmöglichkeiten auf das Unternehmen selbst haben mögen, bleibt ihnen dennoch die Entscheidung, sich nicht an Refinanzierungen für Glencore zu beteiligen, wenn keine Verbesserung der sozialen und ökologischen Probleme in den Minen des Bergbauunternehmens angestrebt wird. Die untersuchten Banken haben sich jedoch wiederholt an der Refinanzierung der bestehenden Kreditlinien sowie längerfristigen Krediten für Glencore beteiligt und stellen so die Kapitalbasis für den Geschäftsbetrieb des Unternehmens sicher.

DIE AUSGABE VON ANLEIHEN – BESCHRÄNKTE EINFLUSSNAHME DURCH SCHNELLE ABWICKLUNG?

Durch die Ausgabe von Anleihen können Unternehmen ebenfalls frisches Kapital aufnehmen. Dabei fungieren Banken als Zwischenhändler zwischen dem Unternehmen und interessierten Investoren. Im Prinzip wird bei einer Anleihe-Ausgabe ein großvolumiger Kredit in kleinere, an der Börse handelbare Einzelteile zerlegt. Banken stellen dabei sicher, dass genügend Käufer für die Anleihe zum Zeitpunkt der Anleihe-Ausgabe vorhanden sind, anderenfalls verbleibt ein Teil der Anleihe bei der Bank. Während öffentlich-rechtliche Institute nicht an der Ausgabe von Anleihen für Glencore beteiligt waren, hat z.B. die Deutsche Bank das Unternehmen bei der Ausgabe von zwei Anleihen unterstützt, die insgesamt einen Wert von 3 Milliarden USD hatten, die UniCredit Gruppe bei Anleihen im Wert von 1,8 Milliarden USD und die Commerzbank bei Anleihen im Wert von 750 Millionen USD [63].

	2013	2014	2015	2016	Gesamt
Deutsche Bank		275	400		675
UniCredit Gruppe	188			200	388
Commerzbank	188				188
	375	275	400	200	1.250

Alle Angaben in EUR Mio., Schätzwerte basierend auf Recherchen in ThomsonONE.

Während bei den zum Teil mehrere Milliarden schweren herkömmlichen Krediten für Glencore im Durchschnitt um die 45 Banken beteiligt sind, ist der Kreis der Emissionsbanken [64] mit 4-5 Beteiligten vergleichsweise klein. Dies bedeutet gleichzeitig, dass einzelne Banken einen größeren Einfluss auf das Unternehmen ausüben können. Dennoch ist die Ausgabe von Anleihen und deren Platzierung am Kapitalmarkt eine vergleichsweise kurzfristige Geschäftsbeziehung, im Gegensatz zur Beteiligung an Krediten. Eventuelle soziale und ökologische Mindeststandards, deren Einhaltung die Bank von dem Unternehmen einfordert, können nach Beendigung der Geschäftsbeziehung, d.h. der Ausgabe der Anleihen, nicht mehr überprüft werden [65]. Nichtsdestotrotz unterstützen Banken das Unternehmen bei der Finanzierungsbeschaffung und ermöglichen so den Geschäftsbetrieb. Daher erwächst auch aus dieser Geschäftsbeziehung eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht.

5. Die Verantwortung deutscher Banken und ihrer Anteilseigner gemäß der UN- Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Während es beispielsweise für Projektfinanzierungen und Investitionen international anerkannte Standards zur Einbindung von sozialen und ökologischen Aspekten gibt [66], fehlen diese noch für andere Finanzdienstleistungen wie die Vergabe von allgemeinen Unternehmensfinanzierungen oder auch die Ausgabe von Wertpapieren [67]. Dennoch haben Banken eine Verantwortung, die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Geschäftsbeziehungen zu minimieren bzw. diesen vorzubeugen. Diese werden unter anderem in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD Leitlinien für multinationale Unternehmen noch einmal spezifiziert.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wurden 2011 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verabschiedet und basieren auf drei Säulen: (1) den staatlichen Schutzpflichten, (2) der unternehmerischen Verantwortung und (3) dem Zugang zu Abhilfe durch Rechtsmittel und Beschwerdemechanismen [68]. Auch die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen nehmen neben Aspekten wie Umweltschutz und Steuern Bezug auf die Achtung von Menschenrechten [69] und stehen im Einklang mit den Forderungen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Auch wenn die OECD-Leitsätze keinen rechtsverbindlichen Standard für Unternehmen darstellen [70], verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland als OECD-Mitglied dazu, „die Leitsätze bekannt zu machen, über deren Inhalte zu informieren und ihre Einhaltung zu fördern“ [71].

DIE VERANTWORTUNG DEUTSCHER BANKEN

Die zweite Säule der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte thematisiert die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen. Darunter fällt auch der Finanzsektor. Während viele Finanzinstitute argumentieren, dass sie durch Finanzdienstleistungen nur indirekt zu Menschenrechtsverletzungen und anderen negativen Auswirkungen ihrer Geschäftspartner beitragen können [72], widerspricht das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen dieser Einschätzung [73]. Gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte können Banken durch ihre Finanzbeziehungen die negativen Auswirkungen von Unternehmen wie Glencore verursachen, zu diesen beitragen oder durch ihre Produkte direkt mit diesen verbunden sein („cause“, „contribute“ and be „directly linked“)[74]. Daher müssen Banken geeignete Maßnahmen treffen, um den negativen Folgen der Geschäfte ihrer Kunden vorzubeugen oder diese zu minimieren.

Auch die Art der Finanzbeziehung oder die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der Banken beschränken diese Verantwortung nicht. Gemäß des OECD-Sekretariats wird von Finanzinstitutionen gemäß der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen erwartet, bei allgemeinen Unternehmensfinanzierungen auf alle negativen Auswirkungen

des Geschäftspartners bei der Sorgfaltsprüfung einzugehen, während bei Projektfinanzierungen nur erwartet werden kann, dass die Bank sich der projektspezifischen Probleme annimmt[75]. Weiterhin wird festgehalten, dass der eventuell fehlende Einfluss einer Bank auf einen Geschäftspartner nicht die Pflicht der Bank verringert, eine Sorgfaltsprüfung über evtl. vorhandene negative Auswirkungen vorzunehmen[76]. Dies gilt sowohl für die Beteiligung an einer allgemeinen Unternehmensfinanzierung zusammen mit einer Vielzahl anderer Banken, als auch für die Ausgabe von Anleihen [77]

Banken sollen gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte:

1. Eine Grundsatzerklärung verabschieden, in der sie sich zur Achtung der Menschenrechte bekennen, die für all ihre Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen gilt;
2. Gemäß ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht die potenziellen und tatsächlichen Auswirkungen ihrer Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen untersuchen, entsprechende Maßnahmen zur Abwendung der Risiken ergreifen sowie über die Risiken wie auch die ergriffenen Maßnahmen in einer Weise Bericht erstatten, welche eine Überprüfung der Angemessenheit erlaubt;
3. Zugang zu effektiven Beschwerdemechanismen schaffen und Entschädigung für Betroffene bereitstellen oder erleichtern.[78]

Während die Deutsche Bank, die UniCredit und die Commerzbank sich zu den Leitprinzipien der Vereinten Nationen bekannt haben, haben öffentlich-rechtliche Institute wie die untersuchten Landesbanken und die KfW Bankengruppe sowie die DZ Bank unseres Wissens keine Stellung dazu bezogen. Die KfW-Bankengruppe hat jedoch bereits 2008 eine eigene Menschenrechtserklärung veröffentlicht, wo es heißt: „Die KfW-Bankengruppe achtet und schützt die Menschenrechte in ihrem Einflussbereich und schließt eine Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen für sich aus“. [79] Der Fall Glencore zeigt jedoch, dass es bei der Umsetzung hapert. Auch von Banken selbst erlassene Richtlinien zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten in ihren Finanzbeziehungen zu Unternehmen sind häufig nicht ausreichend, um negativen Auswirkungen vorzubeugen. So bezieht sich beispielsweise die Deutsche Bank auf zahlreiche Standards bei der Prüfung von Geschäftsbeziehungen im Bergbausektor, wie die Anwendung der Grundsätze für nachhaltige Entwicklung des Internationalen Rates für Bergbau und Metalle und der Freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte[80]. Auch Glencore verpflichtet sich zu diesen Standards [81], die unter anderem die Rehabilitierung der Ökosysteme nach Schließung von Minen und den Respekt von Menschenrechten beim Einsatz von Sicherheitspersonal voraussetzen. Die DZ Bank wiederum bekennt sich beispielsweise zum UN Global Compact bei Finanzierungsentscheidungen [82], welcher u.a. den Respekt von Menschenrechten und Umweltschutz sowie die Verhinderung von Korruption einfordert[83]. Wie die in dieser Publikation aufgeführten Fälle jedoch deutlich zeigen, ist ein Bekenntnis zu derartigen Best-Practice-Standards und Industrieinitiativen nicht gleichzusetzen mit deren Umsetzung.

Auch der 2016 von der Bundesregierung verabschiedete Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen als zu unverbindlich kritisiert, um die deutsche Wirtschaft ausreichend in die Verantwortung zu nehmen[84]. Ebenso wird die besondere Rolle von Banken darin nicht explizit berücksichtigt.

INSTITUTE IN ÖFFENTLICHEM EIGENTUM [85]: DIE VERANTWORTUNG VON BUND UND LÄNDERN

Neben der allgemeinen Verantwortung von Banken, kommt auch Bund und Ländern in ihrer Rolle als Anteilseigner der öffentlich-rechtlichen Banken eine menschenrechtliche Schutzpflicht zu. Teil der ersten Säule der UN-Leitprinzipien ist Prinzip 4, wonach Länder und Kommunen als Anteilseigner Unternehmen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten zur Auflage machen sollten [86]. Während die Bundesregierung konstatiert, dass der „allgemeine Schutzstandard der Menschenrechte ... im Bereich von Unternehmensbeteiligungen der öffentlichen Hand bereits sehr gut ausgeprägt [ist]" [87], begründet sie dies mit den bereits bestehenden Rechtsvorschriften in Deutschland. Dabei wird vernachlässigt, dass (öffentlich-rechtliche) Banken neben ihren unmittelbaren Auswirkungen an ihren zahlreichen Geschäftsstandorten auch durch ihre Geschäftsbeziehungen zu negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt beitragen können, zum Beispiel indem sie Unternehmen mit einer problematischen Menschenrechtsbilanz finanzieren, die wiederum weltweit agieren.

Daher sollten staatliche VertreterInnen ihre Rolle in Verwaltungsräten gemäß Prinzip 4 der UN- Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Landesbanken proaktiv wahrnehmen, die Wahrung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht einfordern und nicht erst auf Negatives reagieren [88]. Institute in öffentlichem Eigentum wie die Landesbanken und die KfW-Bankengruppe haben jedoch fast die Hälfte der von deutschen Banken zur Verfügung gestellten Kredite für Glencore bereitgestellt, mehr als 2,8 Milliarden Euro in vier Jahren. Aufgrund mangelnder Transparenz und Berichterstattung seitens der Banken und ihrer Anteilseigner ist jedoch unklar, inwiefern Länder und Kommunen ihren staatlichen Schutzpflichten in den Aufsichtsräten der hier untersuchten Banken tatsächlich nachkommen.

6. Schlussfolgerungen und Forderungen

Wie die in diesem Bericht dargestellten Fälle deutlich zeigen, treten im Umfeld von Glencore-Minen zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung auf. Hinzu kommen Vorwürfe wegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Über einige dieser Probleme wurde im Untersuchungszeitraum 2013-2016 auch in der hiesigen Presse berichtet. Trotzdem haben die untersuchten deutschen Banken, darunter die Deutsche Bank und die KfW in besonders hohem Maße, immer wieder die Entscheidung getroffen, die Geschäftstätigkeit des Unternehmens Glencore PLC weiter zu unterstützen.

FORDERUNGEN AN DIE BANKEN

Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht: Banken müssen die potenziellen und tatsächlichen negativen Auswirkungen der Geschäftsaktivitäten von Unternehmen überprüfen, für die sie Finanzierungen bereitstellen. Dabei müssen sie neben den von den Unternehmen selbst zur Verfügung gestellten Informationen auch unabhängige Gutachten berücksichtigen. Über die Ergebnisse der Sorgfaltsprüfungen müssen sie transparent berichten. Ebenso müssen sie öffentlich klarstellen, welche Maßnahmen sie ergreifen, damit Unternehmen für die Einhaltung menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Standards, insbesondere in kontroversen Fällen, Sorge tragen.

Kreditvergabe: Um die Verletzung von Regelverstößen und Menschenrechtsverletzungen nicht selber mitzufinanzieren, müssen Banken bei Finanzgeschäften mit dem Minenunternehmen menschenrechtliche, soziale und ökologische Mindeststandards, zum Beispiel in Form von Ausstiegsklauseln, in die Kreditverträge einbinden bzw. die Lösung spezifischer Kontroversen (wie eine mangelhafte Umsiedlung oder fehlende Pläne zur Minenschließung) im Vorfeld überprüfen.

Anleihe-Emissionen: Während bei der Begleitung von Anleihe-Emissionen durch die kurzfristige Geschäftsverbindung eine Vereinbarung von sozialen und ökologischen Mindeststandards durch die Bank nur schwer nachgehalten werden kann, sollten Banken auf die Lösung von Kontroversen im Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinwirken, wenn sie diese bei der Platzierung von Wertpapieren und somit der Kapitalbeschaffung unterstützen.

Exit: Wenn eine Bank ihre Einflussmöglichkeit als geringfügig einschätzt, die Vorwürfe gegen das finanzierte Unternehmen jedoch nicht abnehmen (wie im Fall von Glencore), sollten Banken die Finanzierung dieses Unternehmens über Kredite und Anleihen beenden.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Verpflichtende menschenrechtliche Risikoanalysen: Die Politik muss einen Rechtsrahmen schaffen, durch den Banken rechtlich verpflichtet werden, ihre Finanzierungen an soziale und ökologische Mindeststandards zu koppeln. Banken müssen verpflichtet werden, die menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer Finanzierungen zu überprüfen. Banken müssen menschenrechtliche Risikoanalysen von den Empfängern ihrer Zuwendungen einfordern.

Verantwortungsvolle Bankenaufsicht durch Bund und Länder: Länder und Bund müssen ihre Rolle in den Aufsichts- und Verwaltungsräten ernst nehmen und dafür sorgen, dass öffentlich-rechtliche Finanzinstitute durch ihre Finanzierung nicht direkt oder indirekt zur Verletzung von Menschenrechten, Zerstörung von Umwelt und Lebensgrundlagen beitragen. Bei unklarer Sachlage aufgrund von fehlenden unabhängigen Studien und technischen Gutachten müssen Banken ihre Zuwendungen so lange zurückhalten, bis eindeutig nachgewiesen ist, dass durch die Finanzierungen keine Menschenrechte verletzt werden.

QUELLEN

- 1) Brot für Alle / Fastenopfer / Rights and Accountability in Development (2014): Glencore im Kongo: Ungelöste Probleme. https://brotfueralle.ch/content/uploads/2016/03/Zusammenfassung_Studie_Glencore_deutsch.pdf
- 2) Red Sombra Observadores de Glencore (2017): Informe Sombra de las Operaciones de Glencore en Latino-américa, (befindet sich in Publikation: <http://observadoresglencore.com/>)
- 3) Schwab, T. (2012): Verätzte Zukunft für Sambias Kinder. Frankfurter Rundschau, 28. Dezember. <http://www.fr.de/wirtschaft/kupfer-abbau-in-sambia-veraezte-zukunft-fuer-sambias-kinder-a-7876622012>
Vetterli, M. (n.d.): Wie Glencore Afrika ausnimmt. Beobachter. http://www.beobachter.ch/wirtschaft/artikel/bodenschaetze_wie-glencore-afrika-ausnimmt/
Schwikowski, M. (2013): Gesundheitsschäden sind der Lohn. taz Verlags u. Vertriebs GmbH, 4. Januar. <https://www.taz.de/Archiv-Suche/?s=glencore/>
Infosperber (2013): Glencore macht Kinder krank und hält Medien fern, 25. März. <http://www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/Glencores-Kupfer-in-Sambia-Schwefelsaure-Asthma>
Gasche, P. (2014): Glencore-Xstrata als Falschspielerin bloßgestellt, 13. März. <http://www.infosperber.ch/Artikel/Medien/Glencore-Xstrata-Sambia-Kupfermine-Schwefeldioxid-Skandal>
Neopresse (2014): Glencore vergiftet weiter Menschen in Sambia, 3. November. <http://www.neopresse.com/umwelt/glencore-vergiftet-weiter-menschen-sambia/>
Gehriger, R. (2014): Asthma-Tote in Sambia: Angehörige ziehen Glencore vor Gericht. SRF Schweizer Radio und Fernsehen, 22. Oktober. <http://www.srf.ch/news/international/asthma-tote-in-sambia-angehoerige-ziehen-glencore-vor-gericht>
Henkel, K. (2014): Blut in deutschen Kraftwerken. taz Verlags u. Vertriebs GmbH, 26. Juni. <https://www.taz.de/Archiv-Suche/?s=glencore/>
Tagesanzeiger (2014): Glencore in Afrika verurteilt, 14. September. <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/sambisches-gericht-verurteilt-glencore/story/17888430>
Ristau, O. (2014): Unter Kohlenstaub. Frankfurter Rundschau, 2. Juni. <http://www.fr.de/wirtschaft/energie/kohle-aus-kolumbien-unter-kohlenstaub-a-569099>
- 4) Der UN Global Compact ist eine Initiative zur verantwortungsvollen Unternehmensführung, der sich über 13.000 Unternehmen und Organisationen verpflichtet haben: <http://www.globalcompact.de>
- 5) Els, F. (2017): Top 50 biggest mining companies. Mining.com, 3. April. http://www.mining.com/top-50-biggest-mining-companies/?utm_source=digest-en-mining-170404&utm_medium=email&utm_campaign=digest
- 6) Red Sombra Observadores de Glencore (2017): Informe Sombra de las Operaciones de Glencore en Latinoamérica, (befindet sich in Publikation: <http://observadoresglencore.com/>)
- 7) Baron, O. (2016): Manipuliert Glencore den Öl-Markt? 13.5. <https://www.godmode-trader.de/artikel/manipuliert-glencore-den-oel-markt,4680510>
Kreysler, P. (2013): Glenstrata - Glencore und XStrata werden zum Rohstoffgiganten. Heinrich-Böll-Stiftung. <https://www.boell.de/sites/default/files/2013-01-glenstrata.pdf>
- 8) Glencore: www.glencore.ch
- 9) Henn, M. (2013): Steueroasen und Schattenfinanzplätze. Weed. http://www2.weed-online.org/uploads/presentation_steueroasen_schattenfinanzplaetze.pdf
- 10) Vetterli, M. (n.d.): Wie Glencore Afrika ausnimmt. Beobachter. http://www.beobachter.ch/wirtschaft/artikel/bodenschaetze_wie-glencore-afrika-ausnimmt/
- 11) Baena Jaramillo, M. (2015): Las sombras detrás de Glencore. El Espectador, 1. Dezember. <http://www.elespectador.com/noticias/medio-ambiente/sombras-detras-de-glencore-articulo-602745>
- 12) Red Sombra Observadores de Glencore (2017): Informe Sombra de las Operaciones de Glencore en Latinoamérica, (befindet sich in Publikation: <http://observadoresglencore.com/>)
- 13 und 14) siehe Fußnote 12
- 15) Rothen, D. (2013): Nahrungsmittelkrise inmitten der Bergbauregion im Cesar. Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, 6. Februar. <http://www.askonline.ch/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/bergbau-und-rohstoffkonzerne/glencore-in-kolumbien/hungerkrise-in-el-hatillo/>
Pensamiento y Acción Social / CINEP / Programa por la paz / Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (2013): Crisis alimentaria y humanitaria en comunidades afectadas por la minería de carbón: el caso de la vereda de El Hatillo. Bogotá, 8. Februar. http://www.askonline.ch/fileadmin/user_upload/documents/Thema_Wirtschaft_und_Menschenrechte/Bergbau_Rohstoff/Glencore_Kolumbien/COMUNICADO_DE_PRENSA_CrisisHatillo_Final_08_02_13.pdf
- 16) Suhner, S. (2017). "Umsiedlungsprozess von El Hatillo in Kolumbien. Amerika 21, 28. Januar. <https://amerika21.de/analyse/167983/umsiedlungsprozess-el-hatillo-und>
Red Sombra Observadores de Glencore (2017): Informe Sombra de las Operaciones de Glencore en Latinoamérica, (befindet sich in Publikation: <http://observadoresglencore.com/>)
- 17) Suhner, S. (2017): Bilanz des Umsiedlungsprozesses von El Hatillo 2016. Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, 11. Januar. <http://www.askonline.ch/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/bergbau-und-rohstoffkonzerne/glencore-in-kolumbien/bilanz-umsiedlung-el-hatillo-2016>

QUELLEN

- 18) Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (2013): Erneutes Attentat gegen soziale Führungsperson im Cesar, 13. Februar.
<http://www.askonline.ch/>
- 19) Villa, S. (2014): Prodeco y los paracos. El Espectador, 7. Juli.
<http://www.elespectador.com/opinion/prodeco-y-los-paracos-columna-503022>
- 20) Pax / Urgewald (2016): Kolumbien nach dem Friedensabkommen: Paramilitärische Morde und Gewalt in Kohleregion halten an. Berlin, 15. September.
https://urgewald.org/sites/default/files/typ_download/kolumbien_blutkohle_-_pm_pax_urgewald_-_15.9.2016.pdf
- 21) Handelszeitung (2013): Glencore-Tochter wird Nähe zu Kolumbien Paramilitärs vorgeworfen, 18. Februar.
<http://www.handelszeitung.ch/unternehmen/glencore-tochter-wird-naehe-zu-kolumbiens-paramilitaers-vorgeworfen>
- 22) Convoca (2017) Mapa de Infracciones Ambientales.
www.mapambiental.convoca.pe
- 23) Convoca (2017) Mapa de Infracciones Ambientales.
www.mapambiental.convoca.pe
- The Associated Press (2014): Perú sanciona Glencore-Xstrata por contaminación. Yahoo News, 3. Januar.
<https://www.yahoo.com/news/per-sanciona-glencore-xstrata-por-contaminacion-n-175247768.html?ref=gs>
- 24) Müller, M. (2017): Deutsche Kupferimporte: Menschenrechtsverletzung, Unternehmensverantwortung und Transparenz entlang der Lieferkette. GLOCON, Freie Universität Berlin. http://www.land-conflicts.fuberlin.de/_media_design/glocon_policy_paper_1.pdf
- 25) Instituto Peruano de Energía Nuclear (2013): Determinación de la Relación de las Aguas de las Relaveras de Ccamacmayo y Huinipampa con su entorno Hidrogeológico circundante mediante el Uso de Trazadores Isotópicos., S. 37, 23.12.2013
- 26) Müller, M. (2017): Deutsche Kupferimporte: Menschenrechtsverletzung, Unternehmensverantwortung und Transparenz entlang der Lieferkette. GLOCON, Freie Universität Berlin. http://www.land-conflicts.fuberlin.de/_media_design/glocon_policy_paper_1.pdf
- 27) Asociación para los Pueblos Amenazados / Coordinadora Nacional de Derechos Humanos / Derechos Humanos Sin Fronteras / Grufides (2013): Policía mercenaria al servicio de las Empresas Mineras: La responsabilidad de Suiza y del Perú en las violaciones de derechos humanos en los conflictos mineros.
http://assets.gfbv.ch/downloads/report_spanisch_def_2_12_13.pdf
- 328) Multiwatch (2013): Hintergrundbericht: GLENCORE XSTRATA am Pranger wegen Komplizenschaft bei Misshandlungen und Folterungen in einem peruanischen Bergbaucamp. S. 2, 16. Mai.
http://www.multiwatch.ch/cm_data/Dossier_XstrataTintaya_Mai2013.pdf
- Fuentes, G. (2013): Glencore Xstrata als Komplize von Menschenrechtsverbrechern. Amerika 21, 10. Juni.
<https://amerika21.de/analyse/83166/glencore-estrada-menschenrecht?page=1>
- 29) Gestión (2016): Juicio en Londres a minera Xstrata por represión de manifestación en Perú, 24. Februar.
<http://gestion.pe/empresas/juicio-londres-minera-xstrata-represion-manifestacion-peru-2155169>
- 30) Servindi (2016): Contaminación en Espinar llegó a la CIDH, 11. April. <https://www.servindi.org/actualidad-noticias/11/04/2016/contaminacion-en-espinar-llego-la-cidh>
- 34) DZ Bank (2017): Äquator-Prinzipien
https://www.nachhaltigkeit.dzbank.de/content/nachhaltigkeit/de/home/standards_im_fokus/externe_standards/aequator_prinzipien.html
- 31) Müller, M. (2017): Deutsche Kupferimporte: Menschenrechtsverletzung, Unternehmensverantwortung und Transparenz entlang der Lieferkette. GLOCON, Freie Universität Berlin. http://www.land-conflicts.fuberlin.de/_media_design/glocon_policy_paper_1.pdf
2 und 33) siehe fußnote 12
- 34) MINERA ALUMBRERA. Informe de Impacto Ambiental 1998, S. 23.
- 35) Héctor Oscar Nieva: "Variación de parámetros geoquímicos, río Vis Vis, Catamarca, Argentina. Causas y consecuencias"
- 36) Traverso, E. (2016): Alumbra de Catamarca, contaminante serial. La Izquierda Diario, 11. August.
<http://www.laizquierdadiario.com/Alumbra-de-Catamarca-contaminante-serial>
- 37) López, F. (2016): La justicia procesó al gerente general de Minera Alumbra por la contaminación de la cuenca del río Salí-Dulce. La Nación, 2. August.
<http://www.lanacion.com.ar/1924060-la-justicia-proceso-al-gerente-general-de-minera-alumbra-por-la-contaminacion-de-la-cuenca-del-rio-sali-dulce>
- 38) Red Sombra Observadores de Glencore (2017): Informe Sombra de las Operaciones de Glencore en Latinoamérica, (befindet sich in Publikation)

QUELLEN

- 39) El Esquiú (2016): El Gobierno determinará de oficio las regalías de La Alumbraera, 18. Juli.
<http://www.elesqui.com/politica/2016/7/18/gobierno-determinara-oficio-regalias-alumbraera-220176.html>
- 40) Waisberg, P. (2010): Una causa contra La Alumbraera por ocultamiento de ganancias está paralizada en la Justicia. Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina, 29. Dezember. <https://www.ocmal.org/una-causa-contra-la-alumbraera-por-ocultamiento-de-ganancias-esta-paralizada-en-la-justicia/>
- 41 und 42) Red Sombra Observadores de Glencore (2017): Informe Sombra de las Operaciones de Glencore en Latinoamérica, (befindet sich in Publikation: <http://observadoresglencore.com/>)
- 43) Flubacher, R. (2017): Glencores heikle Geschäftspartner. Tagesanzeiger, 13. März.
<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/glencores-heikle-geschaeftpartner/story/22598876>
- 44) Brot für Alle / Fastenopfer / Rights and Accountability in Development (2014): Glencore im Kongo: Ungelöste Probleme. https://brotfueralle.ch/content/uploads/2016/03/Zusammenfassung_Studie_Glencore_deutsch.pdf
- 45) Burgis, T. (2017): Why Glencore bought Israeli tycoon out of Congo mines. Financial Times, 13. März.
<https://www.ft.com/content/8c4de26e-0366-11e7-ace0-1ce02ef0def9>
46. Tagesanzeiger (2012): Glencore am Pranger, 15. April.
<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Glencore-am-Pranger/story/24265837>
47. Peyer, C. / Feeney, P. / Mercier, F. (2014): PR or Progress? Glencore's Corporate Responsibility in the Democratic Republic of the Congo. Bread for All / Rights and Accountability in Development / Fastenopfer. <http://www.raid-uk.org/sites/default/files/glencore-report-June2014.pdf>
48. Brot für Alle / Fastenopfer / Rights and Accountability in Development (2014): Glencore im Kongo: Ungelöste Probleme. https://brotfueralle.ch/content/uploads/2016/03/Zusammenfassung_Studie_Glencore_deutsch.pdf
49. Peyer, C. / Feeney, P. / Mercier, F. (2014): PR or Progress? Glencore's Corporate Responsibility in the Democratic Republic of the Congo. Bread for All / Rights and Accountability in Development / Fastenopfer. <http://www.raid-uk.org/sites/default/files/glencore-report-June2014.pdf>
50. Glencore im Kongo: Ungelöste Probleme (2014)
https://brotfueralle.ch/content/uploads/2016/03/Zusammenfassung_Studie_Glencore_deutsch.pdf
51. Glencore trägt in der Regel selbst nichts zur Aufklärung der Situationen bei, sondern streitet jegliche Verantwortung ab, auch wenn genau die von den Menschen erlebten Auswirkungen des Bergbaus vorher in den entsprechenden Umweltverträglichkeitsprüfungen als mögliche Risiken detailliert dargestellt wurden (siehe Fall Argentinien)
52. Tagesanzeiger (2014): Glencore verdient über vier Milliarden Dollar, 20. Januar.
<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Glencore-verdient-ueber-vier-Milliarden-Dollar/story/16483642>
- Flütsch, A. (2012): Glencore-Chef erhält 109 Millionen Dollar steuerfrei, 5 März.
<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Glencore-Chef-erhaelt-109-Millionen-Dollar-steuerfrei/story/30957524>
53. Detaillierte Informationen zu den Finanzbeziehungen deutscher Banken zu Glencore können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Alle Finanzinformationen basieren auf Recherchen in der Wirtschaftsdatenbank Thomson. Die genannten Beträge stellen Schätzwerte dar und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
54. siehe Fußnote 3
55. Thomson EIKON (2017)
56. siehe beispielsweise: Thun Group of Banks (2017): Discussion Paper on the implications of UN Guiding Principles 13&17 in a corporate and investment banking context, S. 7-9.
https://business-humanrights.org/sites/default/files/documents/2017_01_Thun%20Group%20discussion%20paper.pdf
57. Das sind die fünf größten Banken Deutsche Bank, DZ Bank (genossenschaftliche Zentralbank), KfW Bankengruppe (staatliche Förderbank), Commerzbank und UniCredit Bank (Teil der italienischen UniCredit Gruppe), sowie die öffentlich-rechtlichen Landesbanken (Landesbank Baden-Württemberg, HSH Nordbank, Landesbank Hessen-Thüringen)
58. Das heißt bei einer Laufzeit von einem Jahr kann der Kreditnehmer sich den vollen Kreditbetrag auszahlen lassen, diesen tilgen und anschließend wieder abrufen.
59. Wirtschaftslexikon24 (2015): „Der Lead Manager wird auch als Konsortialführer bezeichnet. Bezeichnung für die Bank(en) an der Spitze eines Kredit- oder Anleihekonsortiums. Er (sie) ist (sind) für die Zusammensetzung des Konsortiums, Fragen der Konditionen- und Vertragsgestaltung, Vertragsdokumentation etc. zuständig.“ <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/lead-manager/lead-manager.htm>

QUELLEN

60. Sicherheiten dienen dazu, das Risiko bei Kreditvergabe zu minimieren und sich gegen Verluste bei Ausfall (Zahlungsunfähigkeit) des Kreditnehmers zu schützen.
61. TFR (2014): Winner: Rosneft, 27. Februar.
<http://www.tfreview.com/awards/deals/winner-rosneft>
62. Wirtschaftslexikon24 (2015): "Syndizierter Kredit: Kreditvergaben, die von mehreren Banken, die sich zu diesem Zweck zu einem Konsortium - i. d. R. BGB-Gesellschaft - zusammenschließen, gemeinsam herausgelegt werden. Insbesondere wegen seiner Größe oder besonderen Risikos wird der Kredit nicht von einer einzelnen Bank, sondern von mehreren aus Gründen der Risikostreuung vergeben."
<http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/konsortialkredit/konsortialkredit.htm>
63. Entspricht Gesamtwert der Anleihen.
64. Das heißt der an der Anleihe-Ausgabe beteiligten Banken.
65. Thun Group of Banks (2017): Discussion Paper on the implications of UN Guiding Principles 13&17 in a corporate and investment banking context, S. 23. https://business-humanrights.org/sites/default/files/documents/2017_01_Thun%20Group%20discussion%20paper.pdf
66. Projektfinanzierungen: Äquatorprinzipien, IFC Performance Standards, Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank Investitionen: Prinzipien der Vereinten Nationen für verantwortliches Investieren
67. Sustainable Finance Advisory (2013): Environmental and social risk due diligence in the financial sector – current approaches and practices, S. 6. http://mneguidelines.oecd.org/global-forum/2013_ws1_1.pdf
68. Deutsches Institut für Menschenrechte (2017): Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte. <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/wirtschaft/nationaler-aktionsplan/>
69. Sustainable Finance Advisory (2013): Environmental and social risk due diligence in the financial sector – current approaches and practices, S. 6. http://mneguidelines.oecd.org/global-forum/2013_ws1_1.pdf
70. OECD (2017): OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/oecd-leitsaetze-fuer-multinationale-unternehmen.htm>
71. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. <http://www.csr-in-deutschland.de/DE/Politik/CSR-national/Aktivitaeten-der-Bundesregierung/Nationale-Kontaktstelle-OECD-Leitsaetze/nationale-kontaktstelle-oecd-leitsaetze.html>
72. Thun Group of Banks (2017): Discussion Paper on the implications of UN Guiding Principles 13&17 in a corporate and investment banking context, S. 23. https://business-humanrights.org/sites/default/files/documents/2017_01_Thun%20Group%20discussion%20paper.pdf
73. OECD (2014): Global Forum on Responsible Business Conduct - Expert letters and statements on the application of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises and UN Guiding Principles on Business and Human Rights in the context of the financial sector, Paragraph 18, Brief des OHCHR. <http://mneguidelines.oecd.org/global-forum/GFRBC-2014-financial-sector-document-3.pdf>
74. s. beispielsweise: Ruggie, J. G.: Comments on Thun Group of Banks Discussion Paper on the Implications of UN Guiding Principles 13 & 17 in a Corporate and Investment Banking Context. 21. Februar 2017. <https://business-humanrights.org/sites/default/files/documents/Thun%20Final.pdf>
75. OECD (2014): Global Forum on Responsible Business Conduct – Due diligence in the financial sector: adverse impacts directly linked to financial sector operations, products or services by a business relationship, S. 9.26-27, Juni 2014. <http://mneguidelines.oecd.org/global-forum/GFRBC-2014-financial-sector-document-1.pdf>
76. OECD (2014): Global Forum on Responsible Business Conduct - Expert letters and statements on the application of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises and UN Guiding Principles on Business and Human Rights in the context of the financial sector, Seite 1, Brief von Professor Roel Nieuwenkamp
77. UNEP Finance Initiative, Foley Hoag LLP (2015): Banks and Human Rights: A legal analysis, S. 17. <http://www.unepfi.org/fileadmin/documents/BanksandHumanRights.pdf>
78. UNEP Finance Initiative, Foley Hoag LLP (2015): Banks and Human Rights: A legal analysis, S. 10. <http://www.unepfi.org/fileadmin/documents/BanksandHumanRights.pdf>
79. KfW-Bankengruppe 2008: Erklärung der KfW-Bankengruppe zur Berücksichtigung der Menschenrechte in ihrer Geschäftstätigkeit.
80. Deutsche Bank (2017): Rahmenwerk für den Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken, S.8. <https://www.db.com/cr/de/docs/DB-ES-Policy-Framework-German.pdf>

QUELLEN

81. Glencore (2017): External commitments.
<http://www.glencore.com/sustainability/our-progress/external-commitments/>
82. DZ Bank (2017): Nachhaltige Kreditvergabe.
https://www.nachhaltigkeit.dzbank.de/content/nachhaltigkeit/de/home/produkte_im_fokus/nachhaltige_kreditvergabe.html
83. UN Global Compact (n.d.): Die zehn Prinzipien des Global Compact. <https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>
84. Forum Menschenrechte (2016): Bundesregierung verabschiedet schwachen Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte, 21. Dezember. <http://www.forum-menschenrechte.de/bundesregierung-verabschiedet-schwachen-nationalen-aktionsplan-wirtschaft-und-menschenrechte/>
85. Die KfW IPEX-Bank ist seit 2008 privatrechtlich organisiert. Die UN-Leitprinzipien machen da aber keinen Unterschied. Entscheidend ist, dass die KfW IPEX-Bank eine hundertprozentige Tochter der KfW-Bankengruppe ist, die wiederum zu 80% dem Bund und zu 20% den Ländern gehört
86. CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Forum Menschenrechte, Germanwatch (2014): Umsetzung der UN-Leitprinzipien in den Bundesländern. http://www.cora-netz.de/cora/wp-content/uploads/2015/02/CorA-ForumMR_Steckbrief-Laender.pdf
87. Auswärtiges Amt (2016): Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte, S. 25. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/754690/publicationFile/222786/161221-NAP-DL.pdf>
88. Otten, J. (2015): Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte: Anstöße für eine Debatte auf Landesebene. http://www.eineweltnetzwerkbayern.de/fileadmin/assets/Publikationen/9_Runder_Tisch_Unternehmen/EWNB_-_2015_-_9_RTB_-_S_95-103_Germanwatch.pdf

Bilder Quellen:

CEPA, Susanne Breuer, Miguel Gutierrez